

In Winterthur gehen 275 Arbeitsplätze verloren, weil zwei Industrieunternehmen teilweise umziehen **SEITE 18**

Mehrere Zürcher Fussballfans stehen in Basel wegen einer Massenschlägerei vor Gericht **SEITE 18**

Der Prügelknabe hat sich gewandelt

Die Klinik Hirslanden war den Linken lange ein Dorn im Auge – nun sind die Kritiker positiv überrascht

JAN HUDEC

Die Zürcher Privatklinik Hirslanden war jahrelang der Prügelknabe der Politik. Nicht nur von links, sondern auch aus der politischen Mitte schlug ihr ein eisiger Wind entgegen. Schon die Aufnahme auf die kantonale Spitalliste 2012 wurde scharf kritisiert. Mit ihrem hohen Anteil an Privatpatienten habe sie kein Anrecht auf Staatsbeiträge, lautete der Tenor. Als in den folgenden Jahren die Gewinne steil anstiegen, kochte auch die Wut hoch. Ihren Höhepunkt erreichte sie 2017. Hirslanden hatte im Jahr zuvor über 40 Millionen Franken Gewinn erwirtschaftet, während das Stadtspital Triemli fast 30 Millionen Verlust gemacht hatte.

Der SP-Kantonsrat Markus Späth brachte die Befindlichkeit in einer Fraktionserklärung mit dem Titel «Gnueg Heu dunne» auf den Punkt. Hirslanden betreibe eine Politik der Rosinenpickerei, weil sich die Klinik auf die lukrative Behandlung von Privatpatienten konzentriere. Die Staatsbeiträge flossen indessen «praktisch direkt» in die Tasche südafrikanischer Grossaktionäre. Auch bei Hirslanden schreckte man nicht vor Provokationen zurück. So bot der damalige CEO Ole Wiesinger der Stadt Zürich im März 2017 an, die Führung des finanziell angeschlagenen Triemlispitals zu übernehmen. Hirslanden wolle dazu beitragen, dass Zürich nicht jedes Jahr gewaltige Steuermittel in seine Spitäler stecken müsse, zitierte ihn die «NZZ am Sonntag».

Kein Wunder, wurden bei dieser Gemengelage Forderungen laut, Hirslanden an die Kandare zu nehmen oder ganz von der Spitalliste zu streichen. Zwei Massnahmen stachen heraus. Die erste stammte vom Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (fdp.). Der Regierungsrat wollte eine Abgabe auf die Behandlung von Privatpatienten einführen, die praktisch auf das Privatspital zugeschnitten war. Diese «Lex Hirslanden» scheiterte im Rat an den Bürgerlichen.

Die verblüffenden Zahlen

Noch hängig sind indes zwei parlamentarische Initiativen, die eine Mindestquote von Grundversicherten fordern. Wer die Quote nicht erfüllt, soll von der Spitalliste fliegen und keine Staatsbeiträge mehr erhalten. Im Vorstoss von Lorenz Schmid (cvp., Männedorf) waren es mindestens 51 Prozent, in der Version von Kathy Steiner (gp., Zürich) waren es gar 60 Prozent Grundversicherte. Als die Vorstösse 2017 vom Parlament vorläufig unterstützt wurden, war Hirslanden mit einem Grundversichertenanteil von einem guten Viertel weit entfernt von diesen Quoten. Noch im vergangenen Mai fragte Schmid in einer Parlamentsdebatte, warum ein Spital mit einem solchen Geschäftsmodell überhaupt auf der Spitalliste toleriert werde.

Was fast unbemerkt geblieben ist: Hirslanden hat sich stark gewandelt. Von der rasanten Veränderung zeugen die Geschäftszahlen, die im neusten Gesundheitsversorgungsbericht des Kantons zu finden sind. 2018 hat das Spital im stationären Bereich gegenüber dem Vorjahr fast 800 Patienten verloren, was einem Minus von über 4 Prozent entspricht. Zwar mussten auch andere Spitäler Federn lassen, so hart traf es unter den grossen aber niemanden. Zugleich kürzte die Klinik beim Personal, 130 Vollzeitstellen verschwanden gegenüber 2017, was einem Minus von 9,4 Prozent entspricht. Selbst beim Zürcher Stadtspital Waid, das seit Jahren rote Zahlen schreibt und bei dem selbst die Stadt einräumt, dass der Per-



Auch bei der Klinik Hirslanden geht der Trend in Richtung ambulante Operationen.

ANDREAS BODMER / NZZ

sonalbestand zu hoch ist, wurden nur gut 3 Prozent der Vollzeitstellen gestrichen.

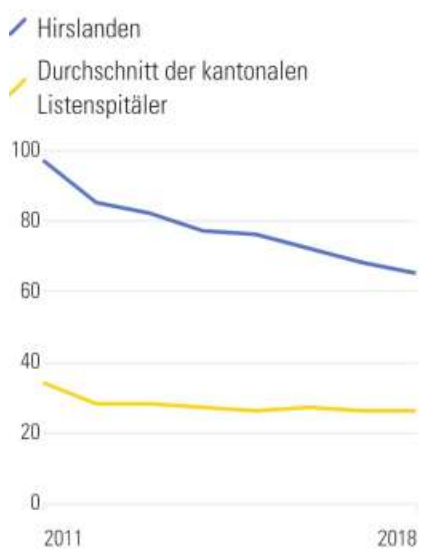
Die politisch brisanteste Zahl ist aber eine andere. Die Klinik, die einst fast ausschliesslich Privatpatienten behandelte, hatte 2018 nur noch einen Anteil von 65 Prozent an Privatversicherten. Die Zahlen für das letzte Jahr liegen noch nicht vor, doch auf Anfrage sagt man bei Hirslanden, dass sich der Trend fortsetze. Das Spital nähert sich also von selbst der politisch geforderten Quote an.

Einer der wichtigsten Treiber für die Veränderungen sind die neuen Auflagen des Kantons. Seit 2018 dürfen 16 Eingriffe – darunter die Entfernung von Krampfadern oder Mandeln – nur noch ambulant durchgeführt werden. Den Rückgang bei den stationären Patienten erklärt Hirslanden denn auch in erster Linie mit dieser Verlagerung in den ambulanten Bereich.

Das stellt Hirslanden vor ein Problem. Stationäre Eingriffe – insbesondere bei Privatpatienten – sind lukrativ, im ambulanten Bereich sieht es ganz anders aus. Der Verband der Zürcher Krankenhäuser hat errechnet, dass die ambulanten Behandlungen für die Spitäler nur zu 80 Prozent kostendeckend sind – sprich, sie bezahlen bei jeder Behandlung drauf.

Immer weniger Privatpatienten

Anteil in Prozent



QUELLE: GESUNDHEITSVERSORGBERICHT KANTON NZZ / jhu

Auf diese Entwicklung hat Hirslanden reagiert, indem es kräftig in den ambulanten Bereich investiert. Das mag auf den ersten Blick widersinnig erscheinen, hat aber seine Logik. Der Trend in Richtung ambulant ist Tatsache, dem kann sich kein Krankenhaus widersetzen. Entscheidend ist, dass man den ambulanten Bereich vom stationären trennt und auf maximale Effizienz trimmt. Hirslanden versucht dies

«Es ist richtig, dass wir auf der Spitalliste sind, wir sind versorgungsrelevant.»

Stephan Pahls
COO Hirslanden-Gruppe

mit seinen zwei neuen ambulanten Operationszentren im Kanton. Zudem hat das Unternehmen mit Daniela Centazzo eine Pionierin für ambulantes Operieren an Bord geholt. Der COO Stephan Pahls ist deshalb durchaus optimistisch: «Wenn man genug hohe Fallzahlen hat, dann kann man auch mit den heutigen Tarifen kostendeckend arbeiten oder sogar eine kleine Marge machen.» Die derzeitigen Tarife hält er gleichwohl für zu tief, da mit ihnen die Weiterbildung von jungen Ärzten nicht finanziert werden könne.

Der politische Druck wächst

Den Wegfall bei den stationären Patienten versucht Hirslanden mit einer stärkeren Spezialisierung zu kompensieren, «wir konzentrieren uns auf die schweren Fälle», sagt Pahls. Damit sinkt automatisch auch die Zahl der Privatversicherten und gleicht sich allmählich dem Wert anderer Spitäler an. Solange diese Entwicklung kontinuierlich verlaufe, sei dies finanziell kein Problem, sagt Pahls. Nach dem Taucher 2018 sei man 2019 wieder gut unterwegs gewesen.

Kathy Steiner war stets eine der härtesten Kritikerinnen der Hirslanden-Klinik. Heute sagt sie: «Ich bin positiv überrascht von der Entwicklung.» Die Führung bemühe sich, auf der Spi-

talliste zu bleiben. Die Veränderungen führt Steiner auch auf den politischen Druck zurück. «Nun zeigt sich, dass unsere Forderungen nach einer höheren Quote von Allgemeinversicherten gar nicht so utopisch waren, wie Kritiker damals meinten.»

Steiner ist vergangene Woche aus dem Kantonsrat zurückgetreten, ihre Nachfolger würden aber an der Quotenregelung festhalten. Dabei ist ihr der genaue Wert weniger wichtig als das Prinzip: «Wer Staatsbeiträge bekommt, sollte auch einen Dienst für die Allgemeinheit erbringen.» Wenn Hirslanden die Vorgaben aber erfülle, gebe es auch keinen Grund, die Klinik von der Spitalliste zu streichen, «medizinisch wird dort ja gute Arbeit geleistet».

Für die Klinik ist es klar das Ziel, weiter Leistungsaufträge vom Kanton zu erhalten. «Es ist richtig, dass wir auf der Spitalliste sind, wir sind versorgungsrelevant», sagt Pahls. Ohne die Hirslanden-Klinik bestünde im Kanton ein Engpass unter anderem in der Herzmedizin und der Neurochirurgie. «Wir haben uns in den vergangenen Jahren immer stärker als Zentrumsspital positioniert.» Das sei ja auch ihr Auftrag als Listenspital.

Dass sich Hirslanden strategisch neu ausrichtet, davon zeugt auch die Zusammenarbeit mit der Medbase-Gruppe. Die Migros-Tochter betreibt rund 50 Praxiszentren in der Schweiz. In dieser Kooperation sollen beide Seiten vom Know-how und von gegenseitigen Zuweisungen profitieren. Gemeinsam will man aber auch die Qualität verbessern. In Indikationsboards sollen mehrere Ärzte gemeinsam darüber befinden, welche Behandlung die sinnvollste ist. «Wir wollen damit auch dem Vorwurf der Mengenausweitung und Überbehandlung begegnen.» Von der Zusammenarbeit profitiere der Patient auch deshalb, weil er alles aus einer Hand erhalte und Doppeluntersuchungen entfielen.

Gemeinsam mit Versicherungen arbeitet Hirslanden zudem an der Entwicklung neuer Versicherungsprodukte, um Privatpatienten auch im ambulanten Bereich etwas Besonderes bieten zu können. Bei einem ambulanten Eingriff werden Privatpatienten heute nämlich gleich behandelt wie Allgemeinversicherte.

Entschädigungen kommen vor Gericht

SVP-Kantonsrat Hans-Peter Amrein will ein Referendum

RETO FLURY

Der Streit um die neuen Entschädigungen der 180 Zürcher Kantonsräte verlagert sich auf das juristische Parkett. Der SVP-Kantonsrat Hans-Peter Amrein zieht die Verordnung vor das Verwaltungsgericht und hat dazu eine Beschwerde anfertigen lassen, wie er auf Anfrage sagt. Die Kernforderung: Es sollte möglich sein, das fakultative Referendum gegen die Entschädigungsverordnung zu ergreifen und eine Volksabstimmung zu ermöglichen.

Aufgrund der derzeitigen Gesetzeslage ist die Erhöhung der Entschädigungen nicht referendumsfähig. Als das Parlament vor rund einem Jahr das neue Kantonsratsgesetz verabschiedete, legte es ausdrücklich fest, dass es die Entschädigung selber per Verordnung bestimmen kann. Dieser Punkt erhitzte die Gemüter schon im vergangenen November, als der Kantonsrat sich das erste Mal mit den Pauschalen, Sitzungsgeldern und Spesen beschäftigte. Und es war das Hauptthema, als er die Entschädigungsordnung Ende Januar verabschiedete.

«Schritt zu Berufspolitikern»

Die SVP wollte quasi in letzter Minute die Referendumsfähigkeit im Gesetz einbauen, lief aber bei den anderen Fraktionen auf. Jetzt nicht mehr, lautete der Tenor. Das Aufdröseln der hart verhandelten Vorlage in unbestrittene Teile und solche, die dem Referendum unterstünden, wäre technisch ein «Murks» und zu aufwendig. Allerdings signalisierten mehrere Fraktionen, sie könnten sich vorstellen, für eine allfällige künftige Revision die Möglichkeit einer Abstimmung einzubauen. Der Rat stimmte den neuen Geldern mit 122 zu 36 Stimmen zu.

Amrein entschloss sich zur Beschwerde, nachdem er sich mit mehreren Anwälten und Verwaltungsjuristen besprochen hatte, wie er sagt. Verschiedene Unmutsausserungen aus der Wählerschaft hätten ihn dazu motiviert. Er sieht in der Revision vor allem wegen der Höhe der neuen Entschädigungen einen «Schritt, der am Ende zu Berufspolitikern führt», was der Gesetzgeber aber nicht wollte. Hätte er vor einem Jahr vorausgesehen, was für eine Dreistigkeit möglich sei, hätte er die Referendumsfähigkeit schon im Kantonsratsgesetz beantragt.

Verfassungswidrige Regelung?

Argumentativ setzt die Beschwerde beim Legalitätsprinzip an: Die Regelung, wonach der Kantonsrat die Entschädigungsfrage in eigener Kompetenz per Verordnung klären darf, sei verfassungswidrig. Es brauche hierzu ein formelles Gesetz. Dieses – so der springende Punkt – wäre referendumsfähig. Aufgrund der verfassungsrechtlichen Stellung des Kantonsrats und seiner Rolle als Milizparlament handle es sich um eine politische Frage von hoher staatspolitischer Bedeutung, so dass das Volk nicht vom Entscheid ausgeschlossen werden dürfe, heisst es in der Zusammenfassung. Zudem führe die angefochtene Entschädigungsverordnung zu ganz erheblichen Mehrausgaben für den Kanton und damit die Bevölkerung.

Laut der Rechnung 2018 wurden damals gesamthaft 5,28 Millionen Franken an die Parlamentsmitglieder ausbezahlt. Die Revision führt zu einem Plus von rund 3,5 Millionen Franken. Die Pauschale steigt von 4000 auf 12 000 Franken, das Sitzungsgeld von 200 auf 220 Franken. Nach Schätzung des Kantonsrats beträgt die durchschnittliche Vergütung aus Pauschale und Sitzungsgeld rund 28 000 Franken. Hinzu kommt eine Entschädigung für Mandatsauslagen von 8100 Franken sowie ein 1.-Klass-Abonnement des Zürcher Verkehrsverbands.